

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 559

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/1372

Probleme mit Straßenverkehr in Vehlefanz (Oberkrämer)

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landesplanung die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Durch Vehlefanz führt die viel befahrene Landesstraße L17, die in der Ortslage Lindenallee heißt. Durch ihre Nähe zur Autobahn wird sie stark auch vom LKW-Verkehr genutzt. Diese Oberflächenqualität ist nicht die beste, sodass es stellenweise zu Erschütterungen kommt, die sich auf die angrenzenden Häuser übertragen. Diese teils schon sehr alten angrenzenden Häuser sind natürlich nicht für solche Beeinflussungen errichtet worden und entsprechend zeigen sich leider auch schon Risse in den Gebäuden. Nach hiesiger Kenntnis gab es seitens der Gemeinde Oberkrämer bereits erfolglose Bemühungen eine örtliche Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h zu erreichen.

1. Unter welchen Voraussetzungen können Landesstraßen in Ortsdurchfahrten auf 30 km/h reduziert werden?

zu Frage 1: Die Voraussetzungen für eine verkehrsrechtliche Anordnung regelt § 45 Straßenverkehrs-Ordnung. Nach der Generalklausel des § 45 Absatz 1 Satz 1 Straßenverkehrs-Ordnung kann die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs beschränkt werden. Beschränkungen des fließenden Verkehrs dürfen nur angeordnet werden, sofern auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung zu schützender Rechtsgüter erheblich übersteigt (§ 45 Absatz. 9 Satz 3 Straßenverkehrs-Ordnung).

2. Sind diese Voraussetzungen (z. B. Verkehrszählung, Unfallauswertung, Schadensbestandsaufnahme an den angrenzenden Gebäuden ...) in Vehlefanz geprüft worden?

zu Frage 2: Bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde des Landkreises Oberhavel wurde bisher kein Antrag auf Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 km/h in der Ortsdurchfahrt Vehlefanz (L17, Lindenallee) gestellt. Folglich fand auch keine Verkehrszählung, Unfallauswertung oder Prüfung von Gebäudeschäden in diesem Zusammenhang statt.

3. Unter welchen Voraussetzungen kommt das Land als Betreiber der Landesstraßen für nachgewiesenen Gebäudeschäden auf?

zu Frage 3: Ein möglicher Schadensersatzanspruch richtet sich nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Als Anspruchsnorm kommt § 906 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Betracht. Im konkreten Fall muss der Anlieger gutachterlich unter Beachtung der Schwellenwerte des Immissionsschutzrechtes nachweisen, dass der Verkehr zu solchen Schwingungen und damit Erschütterungen geführt hat, dass die Schwellenwerte überschritten und die Schäden hierdurch verursacht worden sind.